



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

14. Ratssitzung vom 9. September 2026

625. 2026/87

Interpellation von Johann Widmer (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 25.02.2026:

Projekt «Spielzeugfreier Kindergarten», wissenschaftliche Evidenz, entwicklungspsychologische Vertretbarkeit, Verhältnismässigkeit betreffend Belastung der Kinder und fehlende Einwilligung der Eltern zur Verarbeitung der hochsensiblen, personenbezogenen Kinderdaten sowie Hintergründe zum Datenschutz

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 2485 vom 8. Juli 2026).

***Johann Widmer (SVP)** nimmt Stellung: Zu dieser Interpellation kam es, weil uns Bürger E-Mails schrieben und dann gab es noch ein paar Zeitungsartikel. Von den Antworten des Stadtrats auf die Interpellation erhofften wir uns mehr Informationen, Zahlen, Daten und Fakten. Was wir erhielten, war eine Beleidigung unserer Intelligenz. Klare Fragen wurden summarisch zusammengefasst und einer inkompetenten Dame oder einem inkompetenten Herrn gegeben. Diese Person machte sich nicht einmal die Mühe, die eigenen Dokumente zum Thema zu lesen. Es wurden mehr oder weniger Fakten unterschlagen. Ich sollte die E-Mails der besorgten Bürger beantworten, weiss aber nicht, was ich schreiben soll, weil ich nicht mehr weiss als vorher. So geht es nicht. Das mutet nach Laisser-faire an. Summerhill scheiterte, Laisser-faire ebenfalls – und kein noch so moderner Pädagoge würde einen solchen Mist aus der Mottenkiste holen. Aber die Stadt macht Experimente. Ich zitiere einen erfahrenden Pädagogen: «Beim Laisser-faire-Konzept fördert man vor allem das Recht des Stärkeren. Die stärkeren Kinder bestimmen, was gespielt wird und wem was gehört, wer zur Gruppe dazugehört und wer nicht. Dem schönsten Mobbing wird hier Tür und Tor geöffnet.» Solche Experimente haben auch aus entwicklungspädagogischer Sicht eine ziemliche Brisanz. Wenn man die Antworten anschaut, findet man ziemliche Stilblüten. Der, der das am Schluss unterschreiben musste, las es wohl gar nicht durch. Aber wir wissen ja, dass die Leute Dinge nicht lesen – egal, ob es Verträge mit den USA oder Interpellationen eines SVP-Typen sind, der sowieso immer motzt. Auf Seite 3 rechtfertigt die Behörde den radikalen wochenlangen Entzug von Spielsachen: «Den Kindern acht bis zehn Wochen lang das Spielzeug wegzunehmen [...], weil erst dadurch der Raum für freies und selbstbestimmtes Spiel eröffnet wird [...] und Kinder können selbst frei entscheiden, wann sie was spielen und mit wem.» Auf Seite 7 liest man dann aber: «Der Erfolg hängt nicht vom Verzicht auf Spielzeug ab.» Das ist genau das Gegenteil. Sonderbarer geht es nicht.*



Wie soll ich den Eltern verklickern, dass nicht einmal die Stadt weiss, was sie tut? Zweitens behauptet der Stadtrat auf Seite 4: «Gleichzeitig wurden keine bedeutsamen negativen Entwicklungen beobachtet.» Das wiederholt er auf Seite 7: «Es gibt keine bedeutsamen negativen Entwicklungen.» Auf Seite 9 kann man dann aber lesen: «Bei einzelnen Kindern wurden einzelne negative Veränderungen in einzelnen Kompetenzen beobachtet.» Es soll mir mal jemand erklären, wie das schlüssig sein soll. Ich weiss bisher nicht, nach welchen ethischen und wissenschaftlichen Kriterien vorgegangen wird. Auf Seite 8 schreibt der Stadtrat, eine Melde- oder Dokumentationspflicht seitens Kindergartenlehrperson bestehe nicht. Auf Seite 10 behauptet der Stadtrat, dass «keinerlei Daten an die Pädagogische Hochschule oder andere Stellen weitergegeben wurden». Auf Seite 4 und 7 schreibt er aber, dass das Projekt von dieser Pädagogischen Schule Zürich (PHZH) wissenschaftlich evaluiert worden sei und «beachtliche positive Entwicklungen statistisch belegt» seien. Woher hat die PHZH die Daten für die Begleitstudie, wenn es keine Meldepflicht gibt und angeblich keine Daten fliessen? Entweder ist die viel zitierte Erfolgsstudie auf Seite 4 mangels Datenbasis wissenschaftlich kompletter Humbug oder der Stadtrat lügt auf Seite 10 wie gedruckt, um zu vertuschen, dass hochsensible Kinderdaten ohne gesetzliche Grundlage an eine Hochschule übermittelt wurden.

Weitere Wortmeldungen:

Jane Bailey (SVP): Weiter gehts in der stadträtlichen Rangliste der Inkompetenz und Widersprüche – dieses Mal widerlegt von der eigenen Studie. Haben Sie diese überhaupt gelesen? Auf Seite 3 behauptet der Stadtrat, dieses Projekt knüpfe an grundlegende entwicklungspsychologische Erkenntnisse an. Aber im PHZH-Forschungsbericht auf Seite 5 steht: «Ausgangspunkt war die Annahme, dass Konsumverhalten und vorgegebene Freizeitgestaltung – also Spielzeug – das Suchtverhalten fördern. Deshalb wurde ausdrücklich ein suchtppräventives Projekt für den Kindergarten entwickelt.» Suchtpprävention einfach Entwicklungspsychologie zu nennen, ist schon herber Tobak; Spielzeug mit Wodkaflasche oder Heroin-Spritze gleichzustellen, auch. Wie rechtfertigen Sie diesen Eingriff ohne jegliche wissenschaftliche Evidenz? Auf Seite 4 und 5 der Antwort steht: «Die Ergebnisse zeigen leichte, aber beachtliche positive Entwicklungen in den untersuchten Lebenskompetenzen.» Sind sie nun leicht oder beachtlich? Widerlegt wird es im eigenen Bericht auf Seite 24: «Statistisch betrachtet kleine Effekte.» Die fehlende Kontrollgruppe ist die grösste Schwäche der Studie. Man kann nicht sagen, ob die Veränderungen überhaupt auf das Projekt zurückgehen. Sogar die Mitautorin Sonja Perren schreibt auf ihren sozialen Medien: «Da wir in der Studie keine Kontrollgruppe haben und die Kompetenzen von den Lehrpersonen und Eltern berichtet wurden, ist die Aussagekraft der Studie beschränkt. Das heisst, wir können keine klaren Aussagen über die Wirksamkeit machen.» Auf Seite 8 wird behauptet, «die grundlegenden organisatorischen Abläufe des Kindergartenalltags bleiben bestehen». Die Zürcher Elterninformation sagt auf Seite 2 hingegen, es bestehe «ausdrücklich keine vorgegebene Struktur ausser der Schlussrunde». Der PHZH-Forschungsbericht bestätigt auf Seite 20 exakt, was in der Praxis passiert: «Der Freispielanteil steigt von 26 Prozent auf 93 Prozent. Geführte Aktivitäten sinken von 40 Prozent auf 4 Prozent.» Wie können Sie da behaupten, dass grundlegende organisatorische Abläufe bestehen blieben? Auch auf Seite 8



wird geschrieben: «Die Lehrperson ist ständig präsent, beobachtet kontinuierlich und greift sofort ein, wenn Sicherheit und Wohlbefinden gefährdet sind.» Ausserdem heisst es, kein Kind werde sich selber überlassen. Der PHZH-Forschungsbericht beschreibt auf Seite 5 und 6 das exakte Gegenteil: «Die Lehrperson soll beobachten und greift erst ein, wenn die Sicherheit gefährdet ist oder die Kinder ihre Konflikte nicht selbstständig lösen können.» Die Kinder sind der Kompetenz der Lehrperson, die selber nur ein paar Wochen Vorbereitungszeit hat, in diesem unkontrollierten Setting vollkommen ausgeliefert. Wie weiss sie, wann sie eingreifen soll? Wo hört Kinderkonflikt auf und fängt Mobbing an? Auf Seite 10 wird behauptet, es würden keinerlei Daten an die PHZH oder andere Stellen weitergegeben. Der PHZH-Forschungsbericht sagt auf Seite 28 dagegen ausdrücklich, dass die Lehrperson für sämtliche Kinder zu Beginn des Projekts einen Fragebogen ausfüllen und kurz vor Abschluss dieselben Kinder nochmals beurteilen soll. Diese Fragebogen werden von der PHZH ausgewertet und die Daten ausdrücklich für Forschungszwecke weiterverwertet. Wie können Sie behaupten, es würden keinerlei Daten an die PHZH weitergegeben? Auf Seite 8 behauptet der Stadtrat, «das Projekt ist nicht darauf angelegt, Stress zu erzeugen». Der PHZH-Forschungsbericht erklärt auf Seite 4, dass die Stressregulationskompetenz für die Suchtprävention entscheidend sei.

Sophie Blaser (AL): Die SVP muss sich entscheiden, ob der Kindergarten wichtig und relevant ist oder ob sie es total unnötig findet, dass vierjährige Kinder in die Schule kommen und dort ja eigentlich sowieso nur spielen. Ganz grundsätzlich aber: Willkommen in der Methodenfreiheit. Ich hoffe, dass der Stadtrat keine Statistik darüber führt, welche Lehrpersonen welche Methoden anwenden. Das liegt nicht in seiner Kompetenz – da unterstehen wir dem Kanton. Wenn schon, wäre es an Bildungsdirektorin Silvia Steiner, das zu erheben. Wir haben im Kanton Zürich aber nur Vorgaben dazu, welche Lehrmittel wir brauchen müssen. Bei den Methoden sind wir frei. Das sieht man auch beim Projekt zum spielzeugfreien Kindergarten, das klar unter die Methodenfreiheit fällt. Johann Widmer (SVP) weiss nicht, was er den Eltern sagen soll. Ich glaube, sie wandten sich einfach an den falschen Gemeinderat, weil er die Antworten nicht versteht, den Eltern aber auch nicht sagt, sie sollen mit den Lehrpersonen sprechen. Ich führte ein längeres, gutes Gespräch mit Stefan Urech (SVP) und Yasmine Bourgeois (FDP) über die Methodenfreiheit und die pädagogischen Einschätzungen. Für mich erschliesst sich recht genau, weshalb keine Daten an die PHZH fliessen: Die Studie ist bereits abgeschlossen. Ich weiss nicht, weshalb da noch Daten fliessen sollten. Zudem funktionieren Studien so, dass Erziehungsberechtigte einwilligen, wenn Informationen über ihre Kinder weitergegeben werden. Wenn niemand einwilligte, gibt es keine Daten, die fliessen. Ich mache die Erfahrung, dass vor allem jene Eltern skeptisch sind, die nicht an die Informationsabende kommen. Wenn man sich auf ein Gespräch einlässt, klärt sich meist viel.

Sven Sobernheim (GLP): Sophie Blaser (AL) sagte schön, dass die Methodenfreiheit gewahrt sei und man deshalb die Daten nicht habe. Die SVP wollte im Kantonsrat die Lehrmittelfreiheit schaffen. Jane Bailey (SVP) kritisiert also die Methodenfreiheit, will aber bei den Lehrmitteln liberaler werden. Gleichzeitig sagte sie, dass Lehrpersonen zu wenig Vorbereitungszeit hätten. Da kann ich ihr zu 100 Prozent zustimmen und empfehle ein Ja zum Lehrpersonengesetz Ende September 2026.



Selina Walgis (Grüne): Ich kann Sven Sobernheim (GLP) zustimmen. Es geht um Methodenfreiheit. Man kann den Lehrpersonen vertrauen, dass sie ihren Job gut machen. Gerade beim Kindergarten lässt der Respekt vor der Stufe manchmal zu wünschen übrig. Deshalb finde ich den Vorstoss noch stärker fehl am Platz. Kindergartenlehrpersonen haben einen sehr wichtigen Job in einem sehr wichtigen Alter für die Entwicklung der Kinder. Es sind sicher sehr engagierte Lehrpersonen, die an einem solchen Projekt mit Mehraufwand mitarbeiten, obwohl Lehrpersonen schon genug Aufwand haben.

Jane Bailey (SVP): Das Problem ist, dass Bürger zu uns kommen und dieses Projekt in den Kindergärten weiterläuft. Uns wird dieses Psychoexperiment an kleinen Kindern lapidar als «Spielen einmal anders» oder normale pädagogische Massnahme im Rahmen des Lehrplans 21 verkauft. Auf Seite 3 steht: «Das Projekt Spielzeugfreier Kindergarten wurde 1992 in Zusammenarbeit mit der Aktion Jugendschutz in Bayern entwickelt.» Das klingt bewusst harmlos. Als hätte man ein nettes Kindergartenprojekt erfunden. Nur wird mit keinem Wort erwähnt, dass die tatsächliche Herkunft eine ganz andere ist. Das Konzept entstand nämlich im Suchtarbeitskreis Weilheim-Schongau – entwickelt von Elke Schubert und Rainer Strick. Beide kamen aus dem Bereich Sucht- und Jugendprävention. Das erklärte Ziel war von Anfang an die Entwicklung eines suchtpreventiven Projekts für den Kindergarten. Beobachtungen und Überlegungen aus dem Umgang mit Suchtgefährdeten und Suchtkranken flossen direkt ein. Das muss man sich vorstellen: Ein Konzept, das auf den Erfahrungen mit kranken erwachsenen Süchtigen basiert, wird bewusst auf gesunde vier- bis sechsjährige Kinder übertragen. Warum verschweigen Sie diesen Teil? Ich sage es Ihnen. Weil der Stadtrat dann zugeben müsste, was er mit der Berufung auf Paragraph 55 des Volksschulgesetzes tatsächlich meint: die Elternrechte eiskalt auszuhebeln, indem er perfid ein verhaltensbeeinflussendes und psychologisch wirkendes Präventionsprojekt umetikettiert. Man verkauft eine gezielte psychosoziale Intervention als harmlose, methodisch-didaktische Entscheidung und entzieht den Eltern damit jegliches Mitspracherecht, obwohl es in Wahrheit um einen gezielten Eingriff in die psychische und soziale Entwicklung ihrer Kinder geht. Präventive Suchttherapie als normalen Unterricht zu verkaufen, ist ein historischer Etikettenschwindel.

Johann Widmer (SVP): Es ist eine bezeichnende Debatte. Deshalb bin ich sehr glücklich, dass eine ausgewiesene Fachfrau im Rat sitzt, die vom Kindergarten eine Ahnung hat. Aber anstatt sich über mich, Jane Bailey (SVP) und die SVP zu beklagen, bitte ich Sie, mir auf die Fragen eine Antwort zu geben. Weil die Bürger von euch offenbar keine zufriedenstellenden Antworten erhalten, kommen sie zur SVP. Hier wird noch für sie gekämpft, gefragt und recherchiert. Mit diesen Antworten kann man nicht zurück zum Volk.

Moritz Bögli (AL): Ich finde es absurd, was wir uns anhören müssen. Ja, es ist die Aufgabe des Kindergartens, Kinder zu erziehen. Da soll das Verhalten der Kinder geändert werden. Es ist eine zentrale Aufgabe der Schule. Das tut jede Lehrperson. Es geht auch darum, einen guten Umgang mit suchgefährdenden Mitteln zu lernen. Das ist auch auf Kindertagebene relevant. Unsere Lehrpersonen sind dafür gut genug ausgebildet.



Stefan Urech (SVP): *Es ist eine Interpellation und kein Vorstoss, der etwas fordert. Es handelt sich um kritische Fragen zu einer Methode. Ich bin ein grosser Verfechter der Methodenfreiheit. Ich bin aber auch ein grosser Verfechter des Rechts der Eltern, kritische Fragen zu stellen. Am Ende des Tages sollten die Eltern den Ton angeben und nicht Superpädagogen. Wenn letztere mit einer Methode kommen, die den Kindern im Kindergarten das Spielzeug wegnimmt, läuft das zwar immer noch unter Methodenfreiheit – aber kritische Fragen müssen erlaubt sein und auch beantwortet werden. Vor allem wenn gleichzeitig behauptet wird, dass man damit die Chance erhöhe, dass die Kinder später nicht rauchen würden. Da muss man sich die Frage gefallen lassen, woher man die Beweise nimmt. Ich finde es krass, wie stark auf kritische Fragen zur Methode reagiert wird. Solange es nicht langfristig eingeführt wird, kann es unter Methodenfreiheit laufen. Aber der Stadtrat und die Institutionen schulden den Eltern eine Antwort.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Balthasar Glättli: *Ich war von der Intensität der Debatte überrascht. Ehrlicherweise glaube ich, dass hüben wie drüben etwas reininterpretiert wird, das es nicht ist. Erstens ist es freiwillig. Die Lehrpersonen erhalten diesen Kurs, der ihnen bezahlt wird, wenn sie das möchten. Sie können nach dem Kurs entscheiden, ob sie das machen oder nicht. Zweitens ist es aus meiner Sicht absurd, wie die Rollen im Rat verteilt sind. Ich hätte eher erwartet, dass Menschen, die sich im positiven Sinn als konservativ bezeichnen, sagen, es gebe andere Werte, die in der Schule und im Kindergarten vermittelt werden könnten, anstatt den Kindern Spielzeug an den Kopf zu werfen. Dass man als Kind lernt, dass man nicht immer etwas kaufen muss, damit man sich unterhalten oder miteinander spielen kann, finde ich nicht zwangsläufig progressiv. Es entspricht dem, wie Kinder früher aufgewachsen sind. Wir haben zu Hause manchmal einfach mit Haushaltsgegenständen gespielt und nicht mit Spielzeug. Ich konnte daher nicht nachvollziehen, weshalb das so schrecklich und schlimm sei. Man hat sich zudem die Mühe gemacht, das zu evaluieren. Die Beispiele, die nicht einfach schwarz oder weiss sind, zeigen letztlich, dass die Beauftragten der PHZH, von Thurgau und der Uni Konstanz das Ganze ernst genommen und versucht haben, alles differenziert anzuschauen. Die Unterrichtsfreiheit, die in Paragraph 23 des Volksschulgesetzes geregelt ist, wurde durch diese Versuche nicht in Ansätzen geritzt. Sie bewegten sich genau im gesetzlichen Rahmen. Wenn man dort, wo es in der Schule und im Kindergarten wirkliche Herausforderungen gibt und darum geht, dass alle Kinder – unabhängig davon, woher sie kommen und welchen Hintergrund sie haben – gleiche Chancen für die Zukunft erhalten, mit derselben Intensität diskutieren würde, könnte man wirklich etwas dazu beitragen, die Schule für die Zukunft fit zu machen. Auf diese Debatte würde ich mich freuen.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Mitteilung an den Stadtrat



6 / 6

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat